

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in unregelmäßiger Reihenfolge berichte ich Ihnen aus Berlin. Am Ende der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause möchte ich Sie heute über die Beratungen des Parlaments zum Bundeshaushalt 2011 sowie über das Energiekonzept der Bundesregierung informieren. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Debatte über den Bundeshaushalt 2011
2. Energiekonzept der Bundesregierung
3. Relevantes für Mannheim und die Region



1. Debatte über den Bundeshaushalt 2011

In dieser Woche wurde der Gesetzentwurf zum Bundeshaushalt 2011 sowie die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2014 im Plenum beraten und anschließend in den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages überwiesen. Der Etatentwurf wird in der Woche vom 23. bis 26. November 2010 von den Mitgliedern des Bundestages verabschiedet werden.

Mit einem entschiedenen und kämpferischen Auftritt im Rahmen der Haushaltsdebatte startete Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause. Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2011 habe die Regierung den ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Auf den Tag genau zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers stehe Deutschland dank der schnellen und effektiven Maßnahmen der Bundesregierung wieder gut da.

Im Etatentwurf für das Jahr 2011 hat die christlich-liberale Koalition bewusst darauf verzichtet, die Einkommen durch eine allgemeine Steuererhöhung zu belasten. Der Großteil des Einsparungsvolumens wird auf der Ausgabenseite erzielt. Kern des wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurses ist das Zukunftspaket, das mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011 umgesetzt wird. Zur Erhöhung der Einnahmen wurden hier ökologisch sinnvolle Maßnahmen eingeführt wie eine Luftverkehrsabgabe und eine Brennelementesteuer für Kernkraftwerksbetreiber. Insgesamt sieht der Etatentwurf der Regierung im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 307,4 Milliarden Euro vor. Damit fallen die Ausgaben um 12,1 Milliarden geringer aus als in diesem Jahr. Die Steuereinnahmen sollen von rund 211,9 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 221,8 Milliarden im kommenden Jahr steigen. Diese Schritte sind notwendig, um die im Grundgesetz vorgeschriebene Schuldenbremse einzuhalten. Ab 2016 darf die strukturelle Neuverschuldung nicht mehr als maximal 0,35% des Bruttoinlandsproduktes betragen.

Trotz der Sparmaßnahmen wird das Wachstumspotential der Wirtschaft nicht gefährdet. Damit die Einsparungen sich positiv auf die Konsolidierung des Bundeshaushalts auswirken, ist es von großer Bedeutung, dass das Sparpaket in seiner Gesamtheit umgesetzt wird. Im Folgenden möchte ich Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen geben, die in den einzelnen Politikbereichen geplant sind.

- **Bildung und Forschung**

Dieser Bereich hat für die christlich-liberale Koalition einen besonderen Stellenwert. Im Zeitraum 2010 bis 2013 sollen die Ausgaben für Bildung und Forschung um rund 12 Milliarden Euro erhöht werden. Das Geld soll vor allem in die Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher sowie in den Ausbau der Hochschulbildung investiert werden.

- **Arbeitsmarkt**

Die Koalition will sich darauf konzentrieren, durch eine zielgenauere Arbeitsvermittlung die Zahl von Erwerbslosen zu senken. Die Ausgaben im Bereich der Grundsicherung sollen gesenkt werden. Das Zukunftspaket legt fest, dass die Ausgaben für die passiven Leistungen für Empfänger des Arbeitslosengeldes II (ALG II) gesenkt werden sollen. Dies wird im Einzelnen durch die Abschaffung der Beitragszahlung des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung für Zeiten des Bezugs von ALG II, die Anrechenbarkeit des Elterngeldes für ALG II-Empfänger sowie die Streichung des befristeten Zuschlags nach dem Bezug von Arbeitslosengeld erreicht.

- **Familie**

Die Familienpolitik stellt einen Schlüsselbereich christlich-liberaler Politik dar. In diesem Bereich werden Einsparungen erreicht durch die Anrechnung des Elterngeldes bei Beziehern von Arbeitslosengeld II sowie die Absenkung der Lohnersatzrate beim Elterngeld von 67% auf 65%. Im Rahmen der Qualifizierungsinitiative sind in den Jahren 2011 bis 2013 rund 331 Millionen Euro für die frühkindliche Bildung sowie für Bildungsmaßnahmen benachteiligter Schüler vorgesehen.

- **Umwelt**

Den größten Einzeltitel bildet mit rund 380 Millionen Euro die „Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien“. Darin enthalten sind das Marktanzreizprogramm sowie die Programme der Nationalen Klimaschutzinitiative. Auch der Suche nach einer Endlagerung von radioaktiven Abfällen kommt eine große Bedeutung zu.

2. Energiekonzept der Bundesregierung

Vergangene Woche hat Bundesumweltminister Norbert Röttgen das Energiekonzept der Bundesregierung vorgestellt. Dieses ist langfristig bis zum Jahr 2050 ausgelegt und enthält für die verschiedenen relevanten Sektoren mehr als 60 konkrete Maßnahmen. Im Jahr 1991 wurde zum letzten Mal ein Energiekonzept von der Bundesregierung vorgelegt. Seitdem haben Wirtschaft und Verbraucherverbände immer wieder langfristige Leitplanken für ihre energiewirtschaftlichen Entscheidungen gefordert. Folgende Handlungsfelder stehen dabei im Vordergrund:

- der Ausbau der erneuerbaren Energien
- der Ausbau der Stromnetze und Speicher
- Energieeffizienz
- die energetische Gebäudesanierung
- die Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie

In Zukunft soll der Hauptteil der Energieversorgung durch erneuerbare Energieträger übernommen werden. Bis 2030 soll ihr Anteil an der Stromversorgung rund 50% betragen und bis zum Jahr 2060 auf rund 80% anwachsen. Die Bundesregierung hat sich mit den Energieunternehmen darauf verständigt, dass die Mehrerlöse, die diese aus der durchschnittlichen Verlängerung der durchschnittlichen Laufzeiten der Kernkraftwerke erwirtschaften, zu einem großen Teil in die Förderung und den Ausbau von erneuerbaren Energien fließen.

Erforderlich für eine zukünftige Energieversorgung durch erneuerbare Energien ist ein modernes und leistungsfähiges Stromnetz, auch auf der europäischen Ebene. Dies ist beispielsweise von großer Bedeutung für die Nutzung der Windkraft, die viel Strom in Offshore-Windparks im Norden des Landes produziert. Dieser Strom muss über eine gut funktionierende Netzinfrastruktur in die Städte im gesamten Bundesgebiet transportiert werden.

Über einen Energieeffizienzfonds mit rund 500 Millionen Euro jährlich sollen Bürger und Wirtschaft ermutigt werden, sich Gedanken zu machen, wie Energiekosten gespart und dadurch die Umwelt geschont wer-

den kann. Auch durch eine umfassende Sanierung von alten Gebäuden können die Heizkosten gesenkt und damit folglich die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten verringert werden. Riesige Energiemengen werden hier bislang verschwendet.

Die Laufzeiten der 17 deutschen Kernkraftwerke werden nach dem vorgelegten Energiekonzept um durchschnittlich 12 Jahre verlängert. Sieben Kernkraftwerke, die vor 1980 gebaut wurden, werden 2018 abgeschaltet, die übrigen 10 neueren Atommeiler werden noch 14 Jahre weiterlaufen. Über die befristete Erhebung einer Brennelementesteuer sollen das Lager Asse saniert und der Bundeshaushalt entlastet werden.

3. Relevantes für Mannheim und die Region

- **Mannheim profitiert von EU-Mitteln**

Zahlreiche Projekte in Mannheim werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziell unterstützt. Das zuständige Referat im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Sozialordnung des Landes Baden-Württemberg teilte mir mit, dass seit dem Jahr 2000 bislang knapp 17 Millionen Euro Fördergelder nach Mannheim geflossen seien. Darüber hinaus habe Mannheim in den Jahren 2008 und 2009 Zusatzmittel in Höhe von jeweils 242.000 Euro erhalten. Die geplanten Mittel für den regionalen Arbeitskreis Mannheim belaufen sich bis Ende der aktuellen Förderperiode im Jahr 2013 auf 780.000 Euro jährlich. Begünstigt werden dabei u.a. der Stadtjugendring Mannheim e.V. mit 61.957,84 Euro Fördergeldern im Jahr 2009 sowie im Jahre 2008 der Verein zur Förderung neuer Arbeitsplätze und Betriebsgründungen e.V. mit 350.670 Euro. Auch das Förderband e.V. erhielt im Jahre 2009 101.600 Euro; ebenso die diakonie-project gGmbH 51.968 Euro. Diese Zahlen machen deutlich, in welchem Maße auch die Stadt Mannheim von Geldern der Europäischen Union profitiert. Darüber hinaus bleibe auch das EU-Strukturförderungsprogramm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (RWB)“ (ehemals „Ziel 2“) über das Jahr 2013 hinaus erhalten. Dies teilte der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Ernst Burgbacher, mir auf meine parlamentarische Anfrage hin mit.

- **Mehr als 14 Millionen Euro Bundesfinanzmittel für Mannheim**

Im Zeitraum vom 1.1.2007 bis zum 13. Juli 2010 seien insgesamt 14,391 Millionen Euro Bundesfinanzmittel in Forschungs- und Entwicklungsprojekte von Firmen und Forschungseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft in Mannheim geflossen. Dies teilte mir der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Helge Braun, auf meine schriftliche Anfrage hin mit. Der Löwenanteil der gewährten Fördermittel kam mit bisher 7,243 Millionen Euro aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellte Mittel in Höhe von 5,080 Millionen Euro zur Verfügung. Die Mittel gingen an 29 Firmen, darunter auch große Unternehmen wie ABB, ALSTOM Power, Bilfinger Berger, Bombardier, Daimler, FUCHS, John Deere, MVV Energie, Pepperl und Fuchs sowie Roche. Die Zuwendungen reichten von 5000 Euro bis zu 4 Millionen Euro für die einzelnen Firmen. Zusätzlich hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im gleichem Zeitraum weitere 2,8 Millionen Euro an Bundesmitteln für Mannheimer Unternehmen zur Verfügung gestellt.

- **Bund unterstützt Mannheim bei der Bewältigung des Truppenabzuges finanziell**

Der Bund wird sich im Rahmen seiner gesetzlichen Möglichkeiten an der Bewältigung der Folgen beteiligen, die auf die Stadt Mannheim durch den Truppenabzug der Amerikaner zukommen. Dies teilte der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Dr. Bernhard Heitzer, mir auf meine parlamentarische Anfrage hin mit. Die strukturpolitische Verantwortung für die Bewältigung der Konversionsfolgen des Truppenabzuges liegt nach der föderalen Aufgabenteilung des Grundgesetzes vorrangig bei den betroffenen Ländern und Gemeinden. Das Land Baden-Württemberg kann beim Einsatz von Fördermitteln aus den Europäischen Strukturfonds regionale Schwerpunkte und Prioritäten setzen. Der Bund fördert, so versicherte mir Staatssekretär Heitzer, die Baufreimachung ehemaliger militärisch genutzter Flächen durch Machbarkeitsstudien und Nutzungskonzepte bis hin zur Bauleitplanung. Ebenso stellte Heitzer finanzielle Unterstützung aus Bundesmitteln für die Sanierungskosten von Altlasten in Aussicht. An dem geplanten Arbeitskreis der betroffenen Städte Mannheim, Heidelberg und Schwetzingen wird sich als Vertreterin des Bundes die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben beteiligen. Ich bin erleichtert, dass die Stadt und das Land Baden-Württemberg die Kosten nicht vollumfänglich alleine tragen müssen. Gleichzeitig fordere ich die Verantwortlichen der Stadt Mannheim auf, alle zur Verfügung stehenden Bundesmittel in Anspruch zu nehmen.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de